

stimmung zu einem Finanzminister Strauß abzurufen.

Fortan bestimmte Trouble das Geschäft von Conrad Ahlers. Denn der SPD-Protégé unterstand den Weisungen des CDU-Kanzlers. SPD-Wirtschaftsminister Karl Schiller definierte die problematische Doppelfunktion des stellvertretenden Regierungssprechers verständnisvoll: „Conny muß auf zwei Schultern tragen.“

Regelmäßig tanzte Conny auch auf zwei Hochzeiten. Ailmorgendlich fand er sich mit den Staatssekretären Carstens, von Guttenberg und Diehl zum Lever des schwäbischen Landesherren im Kiesinger-Bungalow ein. Dort zogen sie die Richtlinien der Politik.

Jeden Montag löffelte er mit den jungen Hoffnungen des SPD-Establishments, den Staatssekretären Ehmke (inzwischen Justizminister), von Dohnanyi, Arndt und Jahn sowie Brandts Sonderbotschafter Bahr in seiner Dienstvilla auf dem Bonner Venusberg Erbsensuppe. Dabei heckten sie die SPD-Gegenstrategie aus.

Gleichwohl hatten die Genossen bisher das meiste an ihrem Presseamts-Vertrauten auszusetzen. So lasteten sie ihm an, kanzlerhörig

- ▷ in Anzeigenserien des Presseamts zum Lobe der Großen Koalition Strauß und Kiesinger mehr als Schiller gefeiert zu haben,
- ▷ eine Bundeszentrale für Öffentlichkeitsarbeit zu propagieren, die früher schon einmal von der CDU vorgeschlagen, von der SPD aber strikt abgelehnt worden war,
- ▷ Schillers Haltung in der Aufwertungsfrage dadurch ins Zwielficht gerückt zu haben, daß er eisern bei der Kanzler-Version blieb, der Wirtschaftsminister sei im letzten November zur Aufwertung gar nicht bereit gewesen.

Ahlers revanchierte sich für SPD-Verdächtigungen mit einem bösen Ausfall gegen die Parteibaracke. Auf Weltreise mit seinem Kanzler in Teheran, ließ er im vergangenen Herbst nach Bonn drahten, von einer Begünstigung der CDU könne „überhaupt nicht die Rede sein“. Wohl aber sei es für ihn „zuweilen notwendig gewesen, sich gewisser Pressionen von SPD-Seite auf Begünstigung zu erwehren“.

Mit den Christdemokraten bekam Ahlers Trouble, als er

- ▷ im Dezember vergangenen Jahres erklärte: „Der Bundeskanzler ist ein wandelnder Vermittlungsausschuß, und das entspricht seiner Natur ganz gewaltig“;
- ▷ in einem Interview mit der „Neuen Ruhr-Zeitung“ der CDU „Rückfall ins Reaktionäre“ und eine „Rückkehr zu einem nationalkonservativen Kurs“ vorwarf;
- ▷ sein eigenes Wort, des Kanzlers Nein zur Aufwertung gelte auf „ewig“, später dem Koalitionsfrieden zuliebe umfunktionierte in: „Auf absehbare Zeit.“

Connys Versuch, „den Graben zwischen Kiesinger und Schiller“ (Ahlers) in der zum Wahlthema Nummer eins aufgewerteten Währungsfrage zuzu-

schütten, trug ihm einen Rüffel seines Kanzlers ein. Der gescheiterte Vermittler Ahlers fühlte sich mißverstanden: „Dafür bin ich nun auch noch angepöfeln worden.“

Das „Telegraf“-Interview kühlte die Freundschaft zwischen Kanzler-Adlatus und Kanzler vollends ab. Ahlers hatte dem Berliner Blatt nach einem Bekenntnis zur Großen Koalition erklärt: „Natürlich würde ich es für wünschenswert halten, daß die SPD diesmal den Bundeskanzler stellt. Aber auch eine Große Koalition unter der Führung Brandts könnte sehr erfolgreich sein.“

Als Kanzler Kiesinger aus den USA heimkehrte, brach über die Folgen der Franc-Abwertung schließlich der offene Konflikt aus. Unter seinen Amtspapieren fand der Kanzler ein Memorandum, in dem der Nicht-Ökonom Ahlers — nach Rücksprache mit

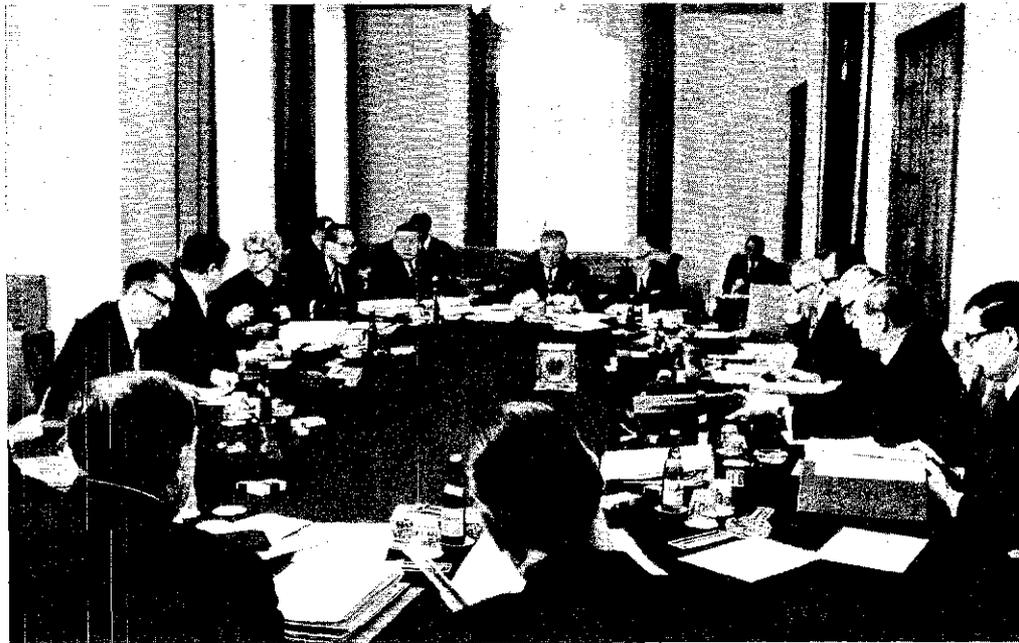
internen Besprechungen im Kanzler-Bungalow teilnehmen. Der Regierungschef würdigt ihn keines privaten Wortes mehr.

Conny Ahlers bereitet sich auf seine Trennung von Kanzler und Amt vor. Ehe er letzte Woche in Salzburg beim „Rosenkavalier“ Entspannung suchte, offenbarte er: „Ich werde Kiesinger sagen, wenn schon, dann sollte man anständig auseinandergehen.“

KABINETTSREFORM

Unter dem Standard

Was Ihre Leute da schreiben, ist hochbrisant.“ Kanzler-Staatssekretär Karl Carstens ermahnte im Auftrag seines Chefs den Ministerialdirektor Werner Krueger, das Schriftstück erst nach der Wahl zu veröffentlichen: „Wir sollten den Linken nicht



Kabinettsitzung in Bonn: „Das ist ja alles 19. Jahrhundert“

SPD-Wirtschaftsminister Schiller — dem Aufwertungsgegner Kiesinger eine Kurskorrektur der Mark um vier Prozent (bei gleichzeitiger Abschaffung der Exportsteuer) vorschlug.

Wenig später widersprach Ahlers dem Regierungschef erneut. Diehl hatte vor der Bundespressekonferenz kanzlerkonform Schillers Interpretation eines Telefongesprächs mit dem französischen Finanzminister Giscard d'Estaing — die Franzosen erwarteten eine Markaufwertung — lächerlich gemacht: „Der Eindruck ist der, daß er etwas hören wollte oder gehört hat, was er gern hören wollte.“ Ahlers beharrt heute noch darauf, womit er vorher schon seinen Kanzler gereizt hatte: „Ich war dabei, als Schiller telefonierte, der Minister kann sich nicht verhöhrt haben.“

Kiesinger witterte Kanzler-Verrat und ließ seinen einstigen Intimus fallen. Seither darf der stellvertretende Regierungssprecher nicht mehr an den

noch mehr Material in die Hand geben.“

Krueger, Planungschef im Kanzleramt, hatte mit zehn Helfern Vorschläge zu einer Kabinettsreform erarbeitet, von denen der Kanzler befürchten mußte, sie könnten seinem im Wahlkampf dringend benötigten Ansehen als moderner Regierungschef Abbruch tun.

Im Dezember vergangenen Jahres freilich hatte Kiesinger selbst die Studie in Auftrag gegeben und sich davon Wahlwerbung versprochen. Er übernahm den Vorsitz eines Kabinettsausschusses (weitere Mitglieder: die Minister Benda, Ehmke, Schiller, Dollinger, Stoltenberg und Schmid), der die westdeutsche Regierungs- und Verwaltungspraxis kritisch untersuchen und Reformpläne vorlegen sollte. Damals wünschte auch Kiesinger, daß die Pläne noch vor der Bundestagswahl fertig sein sollten, „weil sie sich am besten zu Beginn einer Legislatur-

periode verwirklichen lassen“ (Krueger).

Doch als er nun erfuhr, was die Projektgruppe unter Kruegers Leitung nach sieben Monaten auf 220 Seiten zu Papier gebracht hatte, schreckte Kiesinger vor einer Veröffentlichung zurück. Bislang ist die Arbeit noch nicht einmal den Ministern des Reformausschusses zugestellt worden.

Denn: In einem Mängelkatalog hatten Krueger und sein Stab den veralteten Regierungsstil ihres Auftraggebers schonungslos kritisiert. Das von fünfzehn Politikwissenschaftlern beratene Krueger-Team beanstandete vor allem:

- ▷ das „Diktat der Kompromisse“; bei der Vorbereitung der Entscheidungen werde „nur nach dem im Augenblick politisch Durchsetzbaren gefragt“, unterschiedliche Möglichkeiten würden nicht diskutiert;
- ▷ die Unfähigkeit des Kabinetts, „neben der Koordinierung entscheidende politische Impulse zu geben“;
- ▷ die Gewohnheit der Regierung, nur tagespolitische Gesichtspunkte zu diskutieren, „so daß nach außen ihre Politik als Reaktion auf Notstände und spektakuläre Ereignisse erscheine“;
- ▷ den Umstand, daß „psychologische und traditionelle Momente den Ausbau eines effizienten Führungsinstrumentariums“ verhindert hätten;
- ▷ die unzulängliche Organisation des Kanzleramts als eine bloße Häufung von Referaten; von seinen Aufgaben „der Ressortkontrolle, der politischen Planung und der Eigenverwaltung“ genüge es nur der letzteren.

Fazit der Regierungsdenkler: „Die Richtlinienkompetenz ist auf dem Gebiete der Programmgestaltung kaum hervorgetreten und mehr ein Paradegegn geblieben.“ Das Kabinettsystem habe sich seit der Reorganisation in Preußen durch den Reformier Freiherr vom Stein (1808) nicht verändert.

Das mußte den Kanzler an eigene Erkenntnisse gemahnen. Kiesinger über Bonner Regierung und Verwaltung: „Das ist ja alles 19. Jahrhundert.“ Aber nach fast drei Jahren eigener Richtlinienbestimmung konnte der Bonner Regierungschef (CDU-Wahlparole: „Auf den Kanzler kommt es an“) aus der Studie nur entnehmen, daß es unter seiner Führung nicht sicher in die 70er Jahre gehen werde. Denn in dem Manuskript stehen auch solche Sätze:

- ▷ „Politisches Handeln der Entscheidung kann sich nicht darauf beschränken, die innere Ordnung aufrechtzuerhalten und Krisenerscheinungen zu verhindern oder zu beseitigen. Die zunehmend komplexer werdende Umwelt und die Steigerung der gesellschaftlichen Anforderungen verlangen... zukunftsorientierte Entscheidungen.“
- ▷ „Die Autarkietendenzen (der Behörden) verstärken die immer wie-

der festzustellende Gefahr der Desintegration, das heißt die Gefahr, „eigenständig“ vorzugehen.“

Kaum weniger brisant als die Abwertung seines Führungsstils erscheint dem Kanzler jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Vorschlag der Planer, das Kabinett von 19 auf 13 Mitglieder zu verkleinern. Empfohlen wird die Auflösung des Bundesschatzministeriums und der Ministerien für Vertriebene, für Familie und Jugend, für Gesundheitswesen, für Wohnungswesen und Städtebau, für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder. Sie liegen, so die Studie, „unter dem Standard der ausgewogenen Ministerien“. Aufgaben dieser „verlorenen Ministerien“ sollte künftig ein Ressort für soziale oder Strukturfragen übernehmen.

Kiesinger weiß, daß Ministerposten bei Koalitionsverhandlungen nach der



Kanzler-Kritiker Krueger
„Hochbrisant“

Wahl reichlich benötigt werden. Sein Staatssekretär Carstens beschwor den Planer Krueger: „Wie sollen wir das SPD oder FDP beibringen?“ Und auch die CDU/CSU verfügt über ausgeprägten Ministernehrgeiz.

An die Zeit nach der Wahl haben freilich auch Kruegers Reformier gedacht. Ihr Vorschlag: Anstelle der bisherigen Parlamentarischen Staatssekretäre sollen als „Ausgleich für die geringere Zahl der Bundesminister“ künftig Staatsminister treten.

Sollten jedoch Koalitions-Notwendigkeiten dazu zwingen, „die Zahl der Bundesminister um eins oder zwei zu erhöhen“, so böte sich als Ausweg „das Institut des Bundesministeriums ohne Geschäftsbereich“ an.

Für den Vorsitzenden des Reformausschusses schmeckte das Krueger-Papier allzusehr nach Reform. Kurt Georg Kiesinger zensierte letzte Woche das Schriftstück: „Für den Wahlkampf ungeeignet.“

FDP

D'r Tünnes kütt

Walter Scheel, Schuhgröße 46, trat einem deutschen Badegast aufs Allerheiligste.

Der FDP-Chef, Anfang letzter Woche auf Wähler-Werbung in Nord- und Ostseebädern, stieß auf der ostfriesischen Insel Borkum bei einer Diskussion mit Urlaubern mit dem Fuß versehentlich an eine Strandburg. Rot vor Zorn, fuhr der Bauherr hoch: „Macht doch eure Scheißpolitik woanders. Wer macht mir denn nachher meine Strandburg heil?“

Das „Unternehmen Badehose“ des Bonner Oppositionsführers (Scheel: „Es bringt vermutlich keine Stimmen, macht aber ganz gewiß die Leute wieder auf uns aufmerksam“) war der jüngste Versuch der finanzschwachen Liberalen, mit ihrem Zehn-Millionen-Etat im Wahlkampf gegen jene hundert Millionen Mark zu bestehen, über die CDU/CSU und SPD zusammen verfügen.

Rund 20 000 Mark, die den Weltkrieg-II-Nachtjäger Scheel die Chartermaschinen für den mitfliegenden Presse-Pulk kosteten, brachten der FDP vier kostenlose Fernsehauftritte und Reportagen in fast allen deutschen Zeitungen. „Inserate gleicher Wirkung“, so errechnete FDP-Sprecher Hans-Roderich Schneider, „hätten uns Hunderttausende gekostet.“

Selbst seine Privatausgaben münzte der Rheinländer Scheel, den sonnenbadende Landsleute mit dem Ruf „D'r Tünnes kütt“ willkommen hießen, in Werbekosten um: Im Salon Konitzer in Wyk auf Föhr ließ er sich im Blitzlicht der Photographen und vor Fernsehcameras für 3,50 Mark die Haare stutzen.

Draußen vor der Tür beklatschten ihn dann 150 Schaulustige, nachdem er Scherze über seinen New Look gemacht und „weiterhin einen recht schönen Urlaub“ gewünscht hatte. Scheel: „Solche Art der Sympathie-Werbung bringt hier mehr, als wenn ich den Leuten mit FDP und Politik gekommen wäre.“

Nach dieser Devise hatte seine Partei bereits im Januar, gut fünf Monate vor den Christ- und Sozialdemokraten, ihren Bundestagswahlkampf begonnen. Die Düsseldorfer Werbeagentur „Team“ hatte der Partei, die beim Führungswechsel von Erich Mende zu Walter Scheel im Januar 1968 gleichsam auf Null war und derzeit — von ihren Demoskopen bestärkt — auf rund zwölf Prozent Stimmen hofft, mit Erfolg geraten, sich zunächst ins Gespräch zu bringen und erst dann ihr politisches Programm zu präsentieren.

Schon nach wenigen Inseraten, in denen sich die FDP als F. D. P. vorstellte und versprach, „wir schaffen die alten Zöpfe ab“, war die Partei ganz billig ins Gespräch gekommen: Die Annoncenserie kostete je tausend Le-